

TSCHECHOSLOWAKISCHE SOZIALGESCHICHTE 1948–1989:
INDUSTRIEARBEITERSCHAFT UND
GENOSSENSCHAFTSBAUERN

Ein Forschungsprojekt des Collegium Carolinum

Seit dem 1. Juni 1998 wird im Collegium Carolinum ein von der Volkswagen-Stiftung finanziertes Forschungsprojekt zur Sozialgeschichte der Tschechoslowakei in der kommunistischen Ära zwischen 1948 und 1989 durchgeführt. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die beiden sozialen Großgruppen der Industriearbeiter und der Genossenschaftsbauern. Das Forschungsprojekt ist zunächst auf zwei Jahre

ausgelegt. Bearbeiter des Forschungsvorhabens ist der Verfasser dieser Projektskizze. Mehrere tschechische Historiker wirken an dem Forschungsprojekt mit.

I. Forschungen zur Sozialgeschichte des kommunistischen Systems in der Tschechoslowakei sind in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht unternommen worden; die geplante Untersuchung betritt also Neuland. Bei der Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Regime dominieren hierzulande vorerst noch eindeutig politikgeschichtliche Untersuchungsansätze, wie an der Entwicklung der DDR-Forschung abzulesen ist. Erst in letzter Zeit nimmt dort das Interesse an sozialgeschichtlichen Fragestellungen zu. Die zeitgeschichtliche Forschung in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik beschäftigt sich bisher eher am Rande mit der sozialgeschichtlichen Problematik zwischen 1948 und 1989 und konzentriert sich vorrangig auf die Analyse des kommunistischen Herrschafts- und Machtapparats und seiner repressiven Politik. Für ein Gesamtbild des kommunistischen Regimes ist diese Forschungsorientierung gewiß unverzichtbar, sie liefert aber für die sozialgeschichtlichen Zusammenhänge, die im Rahmen dieses Projekts thematisiert werden sollen, oft nur indirekte Aufschlüsse. Hinzu kommt, daß der vorherrschende Blick auf den kommunistischen Macht- und Herrschaftsapparat nicht selten dazu tendiert, dessen repressive Absichten mit tatsächlich wirksamer Repression gleichzusetzen (siehe unten). Ein Vorzug der wenigen bislang erschienenen sozialgeschichtlich orientierten tschechischen und slowakischen Untersuchungen liegt darin, daß sie eine Fülle von statistischen Daten zur Makrostruktur der wichtigsten sozialen Großgruppen bereitgestellt haben (Lohnentwicklung, Bildungsstruktur, Wohnverhältnisse, Aufstiegsmobilität etc.), von denen das vorliegende Projekt in hohem Maße profitieren wird.

II. Der konzeptionelle Rahmen der Untersuchung, die sich auf rund drei Viertel der Bevölkerung der Tschechoslowakei bezieht, ergibt sich zunächst aus den allgemeinen Thesen, wie sie zum Stellenwert von „Gesellschaft“ in sozialistischen Systemen wiederholt formuliert worden sind. Diese Thesen laufen in der zentralen Annahme zusammen, daß die Gesellschaft in sozialistischen Systemen gleichsam „stillgestellt“ sei: Da die kommunistische Parteierrschaft alle politischen, wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und sonstigen gesellschaftlichen Ressourcen monopolisiert, kann kein gesellschaftlicher/sozialer Teilbereich „eigenständige“ Interessen in nennenswertem Umfang hervorbringen oder gar verwirklichen. War also die tschechische (und slowakische) Gesellschaft trotz fehlender institutioneller Autonomie und nicht vorhandener struktureller Verankerung unterschiedlicher Interessen in einem solchen Maße „verstaatlicht“, daß keines ihrer sozialen Subsysteme eine eigene Handlungsdynamik entfalten konnte?

Innerhalb dieses Fragehorizonts, der – so scheint es jetzt schon, nach ersten Arbeiten im Gewerkschaftsarchiv in Prag – nicht dahingehend bestätigt werden wird, daß „abweichende“ gesellschaftliche Interessen keinerlei Formierungs- und Durchsetzungschancen besaßen, sollen die langfristigen Entwicklungstrends der beiden im Titel des Projekts genannten sozialen Klassen im Hinblick auf den Wandel ihrer Makrostruktur, ihre materielle Lage, ihre sozialmoralische Normenbildung und ihre Resistenz und Anpassungsstrategien einschließlich der damit verbundenen sozialen Interessen analysiert werden. In engem Zusammenhang damit steht die Frage, mit

welchen Mitteln das kommunistische System die Folgen seiner eigenen Politik bearbeitet hat. Sie stellt sich vor allem in den fünfziger Jahren angesichts massenhaften sozialen Abstiegs durch die Verstaatlichung von Industrie und Gewerbe und die Kollektivierung der Landwirtschaft, später angesichts der diversen Krisen der kommunistischen Herrschaftsordnung. Die Antworten auf diese Frage sollen deutlich machen, welchen Grad gewaltsamer sozialer Veränderung und machtpolitischer Intervention das kommunistische Regime unter dem Zwang, zugleich ein Mindestmaß an gesamtgesellschaftlicher Stabilität wahren zu müssen, für vertretbar und zumutbar hielt.

In einem ersten Themenkomplex wird es darum gehen, die tiefgreifenden sozialstrukturellen Veränderungen der tschechischen und slowakischen Gesellschaft im ersten Jahrzehnt kommunistischer Herrschaft und die Folgewirkungen dieser Veränderungen für das Gefüge der gesamten Gesellschaft zu untersuchen. Die Industriearbeiterschaft ist in dieser Gründungsphase des kommunistischen Regimes in einem derartigen Ausmaß mobilisiert und in ihrer durch Kriegswirtschaft und Nachkriegsrekonstruktion ohnehin weitgehend aufgelösten traditionellen Struktur noch einmal so massiv zerschlagen worden, daß sie sich erst um die Mitte der sechziger Jahre wieder als einigermaßen stabile soziale Klasse konsolidieren konnte. Damit kommen die Konsequenzen der großen sozialen Umbrüche für das soziale Verhalten breiter Schichten in den Blick: Wurden diese durch eben jene sozialen Umbrüche bereits so weit von ihren traditionellen soziokulturellen Milieus und lebensweltlichen Erfahrungen abgetrennt, daß sie nicht mehr über genügende soziale und politische Verhaltenssicherheit verfügten und dazu tendierten, das kommunistische System – auch und gerade in seinen vielfältigen Repressionen – eher passiv hinzunehmen? Setzte andererseits die hohe Mobilisierung der Arbeiterschaft nicht auch ein höheres Maß an Konflikt- und Protestbereitschaft frei, wie dies etwa in Polen in den siebziger Jahren als Reaktion auf die damaligen großen Industrialisierungsschübe zu beobachten gewesen ist?

Ein zweiter Fragenkomplex wird die Reaktionen der beiden sozialen Großgruppen auf die staatliche Steuerung der sozialen Entwicklung (Einkommenspolitik, allgemeine Sozialpolitik, Transferleistungen u. a.) behandeln. Hier wird es besonders wichtig sein, „basisnahe“ Quellen in großem Maßstab heranzuziehen, zu denen etwa die Protokolle von Betriebsversammlungen, gewerkschaftliche Stimmungsberichte und vor allem die riesigen Bestände der Beschwerden an die Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gehören. Die Auswertung des letzteren Quellentyps wird erhebliche Probleme mit sich bringen, da er so massenhaft vorkommt (beispielsweise liegen für 1963 rund 250 000 Beschwerden vor), daß seine flächendeckende Analyse die Möglichkeiten eines einzelnen Forschers übersteigt. In Zusammenarbeit mit Statistikern der TU in München werden Verfahren erarbeitet, wie die Beschwerden mit Hilfe von repräsentativen Samples für die Untersuchung nutzbar gemacht werden können.

Ein dritter Themenbereich soll die vielfältigen Formen von Protest- und Widerstandsverhalten erfassen. Die tschechische Forschung hat bisher zwei Arbeitskämpfe genauer analysiert, nämlich die Brüner Arbeiterunruhen 1951 und die Pilsener Arbeiterrevolte 1953. Eine erste Durchsicht der Protokolle der Vorstandssitzungen

des Zentralrates der Gewerkschaften hat gezeigt, daß in den fünfziger und sechziger Jahren wesentlich mehr Streiks und innerbetriebliche Protestaktionen stattgefunden haben, deren Aufarbeitung allerdings aufwendig ist, da die einschlägigen Quellen auf zahlreiche Bezirks-, Gebiets- und Betriebsarchive verteilt sind. Aus den erwähnten Protokollen geht zugleich hervor, daß jedenfalls die Gewerkschaftsführung Streiks aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen als legitime, wenn auch unter politischen Gesichtspunkten nicht gerade erfreuliche Aktionen betrachtete, daher in solchen Fällen keineswegs für die Anwendung repressiver Maßnahmen plädierte. Das Augenmerk soll sich freilich nicht nur auf die offenkundigen Protest- und Resistenzakte, sondern ebenso auf die Formen einer „unmerklichen“ Verweigerungshaltung richten, die schwerer zu erfassen und noch schwerer zu interpretieren sind. Ist der weitverbreitete industrielle Absentismus (der sich statistisch am besten belegen läßt) als Ausdruck einer kritischen Distanzierung von kommunistischen Herrschaftsstrukturen zu verstehen oder eher als (unpolitische) Reaktion auf den in den fünfziger Jahren zumal im industriellen Bereich ausufernden Leistungsterror durch hochgesteckte Planziele, steigende Arbeitsnormen und zusätzliche Belastungen im Rahmen unzähliger sozialistischer Wettbewerbe und politisch motivierter Sonderschichten (etwa zum Geburtstag Stalins, zum Tag der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft etc.)?

Auch im politischen Bereich könnte die Untersuchung der quantitativen Resonanz „von oben“ verordneter Mobilisierungskampagnen über einen längeren Zeitraum hinweg Hinweise auf latente Formen der Verweigerung der Folgebereitschaft gegenüber dem kommunistischen Regime geben. Beispiele aus den fünfziger Jahren zeigen, daß die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei einige ihrer politischen Mobilisierungskampagnen wegen „mangelnder Resonanz“ in der Bevölkerung wieder abbrechen ließ, so etwa 1951 einen propagandistischen Feldzug für die „Säuberung der Städte von asozialen Elementen“. Es wird genauer geklärt werden müssen, welcher Art solche Widerstandspotentiale waren, auf die die Partei in solchen Fällen stieß, und ob mit diesen Potentialen Grenzen beschrieben werden, die das kommunistische Herrschaftssystem zu einem (unausgesprochenen) Stillhalteabkommen mit der Gesellschaft zwangen.

III. Der eben angedeutete Fragenkomplex rät zur Vorsicht im Umgang mit dem Totalitarismus-Konzept, das Herrschaft in Diktaturen nur als ein von oben nach unten gerichtetes, im Zweifelsfall auf Gewalt gegründetes Unterwerfungsverhältnis versteht, Gesellschaft bloß als Dispositionsmasse politischer Anweisungen in den Blick kommen läßt und eine immer schon vorhandene, im Grunde allgegenwärtige Machtpräsenz des Herrschaftssystems unterstellt. Dieser Punkt sollte in der Tat betont werden: Die wenigen Detailstudien, die bisher zum konkreten Machtvollzug der Führungsgruppen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vorliegen, belegen, daß die erklärten Absichten dieser Gruppen – etwa in der Form eines ZK-Beschlusses – auf ihrem Weg durch den Machtapparat häufig entweder „versickerten“ oder sogar in ihr Gegenteil verkehrt wurden. Letzteres gilt beispielsweise für die Weisungen der Partei im Hinblick auf die Personengruppen, die in den frühen fünfziger Jahren in die Zwangsarbeitslager eingeliefert werden sollten. Die lohnpolitischen Strategien der Industriebetriebe in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zeigen

überaus deutlich, daß Partei und Wirtschaftsministerium mit ihren eigenen lohnpolitischen Konzeptionen erfolgreich abgeblockt werden konnten. Die in der Literatur immer wieder hervorgehobene, von Sanktionen begleitete Verschärfung des Arbeitsrechts in den fünfziger Jahren gerade auch gegenüber der Industriearbeiterschaft erweist sich bei näherem Hinsehen weithin als repressive Absicht ohne konkrete Folgen. So blieben etwa diejenigen Gesetze und Verordnungen, die die unerwünschte Fluktuation der Industriearbeiterschaft eindämmen sollten, faktisch wirkungslos. Aus alledem muß nicht unbedingt auf Widerstand im Sinne bewußter Resistenzakte geschlossen werden. Konstellationen wie die eben angeführten lassen sich als Hinweise auf konkurrierende Machtgruppierungen verstehen, als Möglichkeit, zentrale Direktiven des kommunistischen Systems lokalen oder regionalen Verhältnissen anzupassen, schließlich als Indiz für den schlichten Tatbestand, daß die Kontrollfähigkeit des Regimes natürliche Grenzen hatte. Dies lenkt den Blick – anstatt von allgegenwärtiger Machtpräsenz des kommunistischen Apparates auszugehen – auf die realen Schwierigkeiten des Prozesses kommunistischer „Durchherrschung“ der Gesellschaft und sollte gerade deshalb von einer sozialgeschichtlich orientierten Untersuchung stets im Auge behalten werden.

Als Einwand gegen das Totalitarismus-Konzept kommt hinzu, daß dieses einen viel zu umfassenden Gegensatz von Staats- und Parteiapparat einerseits und der Gesellschaft andererseits unterstellt, der gerade die sicherlich normale und realistische Dimension, nämlich Formen des „Zusammenspiels“ beider Seiten, in den Hintergrund drängt bzw. völlig überdeckt. Eben diese Praxis des Kooperierens, des Sich-Arrangierens und des Kompromisses zwischen Herrschenden und Beherrschten muß analysiert werden, wenn man sich einen Begriff von den Rahmenbedingungen sozialer Normalität machen will, deren das kommunistische System im Hinblick auf das unerläßliche Mindestmaß seiner Funktionstüchtigkeit natürlich bedurfte. Soweit bisher zu sehen ist, konnte diese soziale Normalität zum einen dadurch hergestellt werden, daß bestimmte soziale Gruppen oder Klassen zu einem ideologischen Arrangement „im Tausch“ gegen materielle und immaterielle Leistungen des kommunistischen Systems bereit waren; dies gilt langfristig etwa für große Teile der bäuerlichen Bevölkerung, läßt sich aber auch an der Privilegierung der Intelligenz zeigen. Zum anderen konnte soziale Normalität vor allem in den fünfziger Jahren insofern vergleichsweise einfach erreicht werden, als die qua Sozialpolitik des Regimes programmatisch angestrebte Entdifferenzierung der gesellschaftlichen Strukturen mit dem Pfunde traditionell starker egalitärer Tendenzen in den Unterschichten wie in der Bevölkerung überhaupt wuchern konnte und zudem die massive Strategie der Ausgrenzung von „Klassenfeinden“ in großen Teilen nicht nur der Unterschichten breite Zustimmung fand.